

**SPERRFRIST: 12.Dezember 2024, 11:00 Uhr**

12. Dezember 2024

## Pressemitteilung

### **Umfrage der Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge Baden-Württemberg ausgewertet**

Die Umfrage zu den Zielvorstellungen für einen inklusiveren Katastrophenschutz in Baden-Württemberg wurde erfolgreich beendet und wissenschaftlich ausgewertet. Die Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge wurde von der Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Simone Fischer, und dem DRK Landesverband initiiert und im Juni dieses Jahres unter Schirmherrschaft von Thomas Strobl, Minister für Inneres, Digitalisierung und Kommunen mit weiteren Partnerinnen und Partnern gegründet. Mitgliedsorganisationen sind die Kommunalen Landesverbände, der Landesfeuerwehrverband, die THW Landesvereinigung, die LAG Selbsthilfe, der Landesseniorenrat, der Landesschülerbeirat, die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege, und das Innenministerium Baden-Württemberg. Als Impulsgeber auf dem Weg zu einem inklusiveren Katastrophenmanagement in Baden-Württemberg möchte die Initiative ihre Arbeit an den Bedarfen marginalisierter Gruppen und den Wünschen der Mitgliedsorganisationen ausrichten.

Zu diesem Zweck und um zu erheben, welche konkreten Anforderungen bezüglich der Arbeit der Initiative existieren, wurde eine dreiwöchige Umfrage durchgeführt. Die Umfrage war an Kommunen, Organisationen des Katastrophenschutzes sowie Selbstvertretungen marginalisierter Gruppen und weitere relevante Akteure in Baden-Württemberg gerichtet. Erhoben wurden neben Erwartungen an die Arbeit der Initiative auch vorhandenes Wissen und Maßnahmen im Sinne des inklusiven Katastrophenschutzes sowie konkrete bestehende Lücken.

"Wir freuen uns über die große Beteiligung und danken allen, die an der Umfrage teilgenommen haben. Ihre Beiträge sind von großer Bedeutung für einen

Katastrophenschutz, der die Bedürfnisse aller Menschen in Baden-Württemberg berücksichtigt. Es muss sichergestellt sein, dass Menschen mit Behinderungen und andere marginalisierte Gruppen gleichermaßen Zugang zu Informationen und Schutzmaßnahmen haben. Nur so können wir einen Katastrophenschutz gestalten, der allen Bürgerinnen und Bürgern gerecht wird", so Simone Fischer, Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

Die Umfrage wurde mit großem Interesse wahrgenommen. 124 Teilnehmende haben die gestellten fünf Fragen umfangreich beantwortet. Die Umfrage erfasst erstmals in dieser Akteursvielfalt und Breite Erwartungen, Vorwissen und Bedarfe zur Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes in einem Bundesland. Neben Akteuren des Katastrophenschutzes haben kommunale Institutionen, Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderungen und weitere Interessengruppen sowie Organisationen der Wohlfahrtspflege teilgenommen und so ein aussagekräftiges Bild gezeichnet. Diese Resonanz zeigt das große Interesse an der Arbeit der Initiative und betont den Bedarf eines inklusiveren Katastrophenschutzes in Baden-Württemberg.

Die Antworten der Umfrage wurden nun gesichtet, aufbereitet und in einem Bericht veröffentlicht, der dieser Pressemitteilung anhängt. Zwei zentrale Befunde der Umfrage seien an dieser Stelle kurz vorgestellt.

Zum einen sind die Teilnehmenden überwiegend der Überzeugung, dass Menschen mit Behinderungen und andere marginalisierte Gruppen bisher nicht ausreichend im Katastrophenmanagement berücksichtigt werden. Diesbezüglich wird auch eine bessere Sensibilisierung der Zielgruppen für Katastrophenfälle gefordert. Kritisiert wird zugleich eine fehlende Unterstützung für eine eigenständige Vorsorge für Not- und Katastrophenfälle seitens marginalisierter Gruppen. So fehlt es an angemessenen Informationsmaterialien, Anlaufstellen und finanziellen Mitteln. Damit bleibt, nach Einschätzung der Teilnehmenden, ein großes Potential für Eigenvorsorge ungenutzt.

Zum anderen wurde seitens der Teilnehmenden die Notwendigkeit zur Entwicklung von Konzepten für das Katastrophenmanagement sowie einer Sensibilisierung von Einsatzkräften artikuliert. Dabei ist den Umfrage-Teilnehmenden wichtig, dass die Zielgruppen an der Erarbeitung der Konzepte und Maßnahmen beteiligt sind. Die Initiative wird dabei als Möglichkeit für die Vernetzung verschiedener Akteure im Katastrophenmanagement und Selbstvertretungsorganisationen gesehen. Eng damit verbunden wird vorgeschlagen mehr Schulungen für Einsatzkräfte anzubieten, um über die Unterstützungsbedarfe der Zielgruppen aufzuklären. Auch sollte mehr getan werden, um marginalisierte Gruppen in den Katastrophenschutz einzubinden und somit Strukturen von innen heraus inklusiver zu gestalten.

Diese Befunde und die vielen weiteren im Bericht genannten Erfahrungen und Ideen bieten eine wertvolle Grundlage für die weitere Arbeit der Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge. Diese Ergebnisse sollen nun mit den Mitgliedsorganisationen der Initiative diskutiert sowie Ziele für die weitere Arbeit bestimmt werden.

"Wir brauchen dringen konkrete Handlungsansätze, um die Idee der inklusive Katastrophenvorsorge zu verwirklichen. Weltweit wird nur einer von fünf Menschen mit Behinderung sicher aus einer Katastrophe gerettet. Zudem sind 75% der Menschen mit Behinderung komplett von humanitärer Hilfe ausgeschlossen. Das müssen wir ändern und hier in Baden-Württemberg mit gutem Beispiel voran gehen", sagt der Geschäftsführer des DRK-Landesverbandes Baden-Württemberg, Marc Groß.

Der angehängte Bericht soll auch über die Arbeit der Initiative hinaus Anregungen liefern, um vorhandene Strukturen kritisch zu hinterfragen und Weiterentwicklungen auf den Weg zu bringen. Hierbei versteht sich die Initiative als Kontaktstelle für den Austausch und die Verbreitung von Ideen und konkreten Ansätzen.

### **Hintergrundinformationen:**

Die Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge wurde am 3. Juni 2024 unter der Schirmherrschaft von Thomas Strobl, stellvertretender Ministerpräsident und Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen gegründet. Ziel der Initiative ist es, dass alle in Baden-Württemberg lebenden Menschen angemessen im Katastrophenfall unterstützt werden. Aktuell finden die Bedürfnisse etwa von Menschen mit Behinderungen, geflüchteten Menschen, Menschen mit Pflegebedarf und weitere marginalisierte Gruppen noch nicht ausreichend Eingang in das Katastrophenmanagement. Ihre Belange sollen sowohl in der Katastrophenvorsorge als auch bei Rettungsmaßnahmen im Katastrophenfall berücksichtigt werden.

Für Rückfragen oder weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Sina Binsau  
E-Mail: [poststelle@bfbmb.bwl.de](mailto:poststelle@bfbmb.bwl.de)  
Telefon: 0711 / 279 3365

Jan Mahne  
E-Mail: [jan.mahne@drk-bw.de](mailto:jan.mahne@drk-bw.de)  
Telefon: 0711 5505 2674

Mit freundlichen Grüßen

**Simone Fischer**  
Beauftragte der Landesregierung für die  
Belange von Menschen mit Behinderungen

**Marc Groß**  
DRK-Landesverband Baden-Württemberg,  
Geschäftsführer